

Basel

Reform im Bewilligungsverfahren

Ein Spielplan für die Stadt

Die Regierung stellt neue Regelungen für die Nutzung der Allmend vor.



Wie laut und wie oft im öffentlichen Raum? Die Regierung legt die Nutzung der Allmend neu fest.

Foto: gy.

Einen Bespielungsplan für den öffentlichen Raum, eine verantwortliche Kommission und Kriterien für die Publikation von Veranstaltungsgesuchen: Mit diesen Massnahmen will die baselstädtische Regierung das Bewilligungsverfahren reformieren und die Nutzung der Allmend für Veranstaltungen neu regeln. Die Stadt reagiert auf die anhaltenden Kontroversen

zwischen Veranstaltern und Anwohnern sowie zwischen Veranstaltern und den für die Bewilligungen zuständigen Behörden. Der Regierungsrat stützt sich dabei auf einen Bericht des «Interdepartementalen Netzwerks Stadtmarketing» (INS), der von Vertretern der Departemente und des Stadtmarketings ausgearbeitet und im Juli vorgelegt worden ist.

Man wolle aus dem öffentlichen Raum das Optimum herausholen, ohne die Wohnqualität zu beeinträchtigen, sagte die Vorsteherin des Baudepartements, Barbara Schneider, an der gestrigen Medienkonferenz.

«Standortblätter»

Zu dieser Quadratur des Kreises sollen «Standortblätter» verhelfen: Diese werden nach und nach für

alle potenziellen Spielorte der Stadt – Plätze, Parks, Routen – erarbeitet. Gemeinsam mit Anwohnern, Quartiervereinigungen sowie Veranstaltern werden darin sowohl Spiel- und Ruhezeiten festgelegt als auch die Nutzung im Einzelnen. Für Transparenz sorgt auch die Tatsache, dass der Plan im Internet einsehbar sein wird. Benutzer müssen sich für die Spielorte verbindlich

anmelden. «Ebenso verbindlich werden aber auch die Bewilligungen innert nützlicher Frist vorliegen», versichert Marcel Meier vom Stadtmarketing. Der Willkür, mit welcher Bewilligungen mitunter erst einen Tag vor dem Event selbst erteilt wurden, soll somit ein Riegel geschoben werden.

Kontroll-Kommission

Über das gerechtere und raschere Bewilligungsverfahren wird die «Kommission Verwaltung auf öffentlichem Grund» (KVÖD) wachen. Sie wird sich kommende Woche konstituieren und anschliessend den Bespielungsplan erarbeiten. Ihr gehören ausschliesslich Mitglieder der Departemente und des Stadtmarketings an. Sie solle insbesondere über die grösseren, «stadtrelevanten» Veranstaltungen entscheiden, jedoch keine qualitative Intendanz ausüben, betonte Regierungsrätin Schneider.

Publikation

Schliesslich hat der Regierungsrat seinen Handlungsspielraum genutzt und festgelegt, dass nur Gesuche für diejenigen Anlässe auf Allmend im Kantonsblatt veröffentlicht werden müssen, die mehr als fünf Tage dauern. Ausgenommen sind Fasnacht und Herbstmesse. Regelmässig wiederkehrende Veranstaltungen wie das Openair-Kino auf dem Münsterplatz haben die Möglichkeit, ein Gesuch für mehrere Jahre zu stellen. Paola Pitton